

# Land-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigengruppe:

Die 8 gefalteten 34 mm breite Millimeterpreis oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterseite 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an umso Geschäften u. sämtliche Anzeigengruppen. Erfüllungsort: 6111. Erscheint täglich 3 mal, Sonntags und Montags 2 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 19. Dr. Braunstein, 17. Großschiffstraße: Große Ulrichstraße 32 und Markt 24. Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 6.00 Mark, vierteljährlich 16.00 Mk., durch die Post 18.00 Mk. auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Land-Zeitung“ gestattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Nr. 252.

Halle, Mittwoch, den 2. Juni 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Revision der Ausfuhrabgaben.

**A. Dresden, 2. Juni.** (Eig. Drahtnachricht.) Bayern hat beim Reich den Antrag gestellt, die Ausfuhrabgaben zu revidieren und den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Sachsen hat sich diesem Vorgehen Bayern angeschlossen. Morgen sollen in Berlin an der zukünftigen Stelle Besprechungen über diese Frage stattfinden. Sachsen wird hierbei durch den Geheimen Finanzrat Florey vertreten sein.

## Zum Preisrückgang.

**Halle, 1. Juni.** Die „Nationalzeitung“ meldet, daß in sämtlichen überprüften Ländern zurzeit die Preissteigerung gegenüber 1914 kaum über 35 Prozent beträgt. Infolge dessen ist mit einem Rückgang des europäischen Preisniveaus unbedingt zu rechnen. Das Niveau in Europa werde zwar nicht den Stand von 1914 erreichen, wohl aber bis auf eine Höhe von 50 Prozent über dasjenige von 1914 zurückgehen. Die rückläufige Bewegung ließe bereits im Gange, trotzdem sie zum Teil noch nicht in allen Ländern klar und eindeutig hervorgetreten sei.

## Verhandlungen über die freie Arztwahl.

**WTB. Berlin, 1. Juni.** Vertreter der Krankenfasserverbände und der Ärzte sind gestern unter dem Vorsitz des früheren Direktors im Reichsamt des Innern Caspar und in Anwesenheit von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern zu Verhandlungen zusammengetreten. Die Verhandlungen betrafen zunächst die freie Arztwahl, worüber eine vorläufige Einigung zustande kam.

**WTB. Berlin, 2. Juni.** Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und den Krankenfassern, die im Reichsarbeitsministerium erfolgen, haben in der Frage des Rechtssystems zu einer Verständigung geführt, die eine wesentliche Annäherung an die Durchführung der freien Arztwahl bedeutet. Ueber die Frage der ärztlichen Vergütung mußte mangels einer Einigung der Parteien ein Schiedsgericht der Unparteilichen gewählt werden. Dieser steht bei Verzögerung nach Einzelfestsetzungen eine Verdoppelung der bisherigen Sätze vor, die auch für die Bemessung der Kaufschillingvergütung zugrunde gelegt werden soll. Ueber die Annahme des Schiedsgerichtes haben sich die Parteien bis zum 15. Juni 1920 zu erklären.

## Milderung der tschechischen Grenzsperr.

**Warschau, 2. Juni.** (Eigene Drahtnachricht.) In einem Erlass der Ministerien der Finanzen und der Landesverteidigung in Prag wurde die Besetzung und Ueberwachung der Grenzen durch Militär ab 1. Juni auf tschechischer Seite aufgehoben. Am Montag sind die militärischen Posten an der tschechisch-polnischen Grenze zurückgezogen worden. Das Militär wird durch tschechische Grenzschutz ersetzt. Der neue Grenzdienst wird die Grenze nicht mehr so hermetisch abschließen wie bisher. Die Wiperrung durch tschecho-slowakisches Militär besteht seit nahezu sechs Jahren.

## Tschechische Truppenaufgebote gegen Polen.

**Warschau, 2. Juni.** (Eigene Drahtnachricht.) Der Korrespondent der Warschauer Telegraphenagentur meldet, daß die Tschechen fortfahren, an der polnischen Grenze Truppen zusammenzusetzen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Tschechen sich die schwierige Lage der Polen an der bolschewistischen Front zunutze machen und in Polen einrücken werden, um das Gebiet bis zum Gan zu besetzen.

## Ein Bolschewist in der Abstimmungs-Kommission.

**Warschau, 2. Juni.** (Eigene Drahtnachricht.) Aus dem wird gemeldet, daß mitläufige Stellen bolschewistische Dokumente aufgefunden haben, aus denen hervorgeht, daß ein Mitglied der internationalen Abstimmungskommission in Lemberg ein Anhänger der Bolschewisten ist und mit der Sowjetregierung seit langem in enger Verbindung steht. U. a. wurde ein in französischer Sprache abgefaßtes, für Polen bestimmtes Memorandum aufgefunden, in dem es heißt, daß der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission, Mannerolle, der tschechisch-bolschewistischen Annäherung sympathisch gegenüberstehe.

## Frankreichs Sergentind.

**A. Paris, 2. Juni.** (Eigene Drahtnachricht.) Gegen den Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) ist ein neues Strafverfahren eingeleitet worden. Es wird ihm vorgeworfen, daß er gegen das Gesetz Gesellschaften aufgenommen hat, deren Bestand amtlich noch nicht genehmigt worden ist. Es handelt sich um den Ausschluß der Beamtenvereinigungen an den Allgemeinen Arbeiterverband.

## Zionistische Arbeiten in Palästina.

**WTB. Amsterdam, 2. Juni.** Einer Londoner Meldung zufolge hat die zionistische Demontation belästigt, 25 Mil-

ionen Pfund Sterling aufzubringen, um die organisatorische Arbeit in Palästina in Angriff nehmen zu können.

## Jahrestag der Schlacht am Stageraf.

**WTB. Stagen, 1. Juni.** Anläßlich des Jahrestages der Schlacht am Stageraf fand heute bei den Kriegsgedächtnissen auf dem Stageraf Kirchhof eine feierliche Gedenkfeier statt, an der 400 Mann von der deutschen Minenjägertruppe teilnahmen. Ein deutscher Offizier und ein Matrose gedachten der Gefallenen, worauf an den Gräbern Kränze niedergelegt wurden. Die Feierlichkeit schloß mit Predigt und Gebet seitens des dänischen Geistlichen in Stagen.

## Kundgebung des Wehrkreiskommandos II.

**WTB. Stuttgart, 1. Juni.** Der Oberpräsident der Provinz Württemberg und der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos II. erklärten in einer Kundgebung an die Bevölkerung von Württemberg das durch Aufstufung verursachte Mißtrauen für unbegründet. Sie würden die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung gegen jeden Angriff schützen.

## Dr. Geßler über die schlesischen Truppen.

**Berlin, 2. Juni.** (Eigene Drahtnachricht.) Reichsminister Dr. Geßler ist von seiner schlesischen Reise, auf der er in Breslau, Schweidnitz, Liegnitz und Jauer Truppen besichtigt hat, nach Berlin zurückgekehrt. Auf Grund seiner Feststellungen hat er dem Herrn Reichspräsidenten gemeldet, daß er von der Haltung auch der schlesischen Garnisonen den besten Eindruck gewonnen habe. Auch in Schlesien werde die Reichswehr jetzt zur verfassungsmäßigen Regierung und sei bereit, jeden Fußsicherungsmaßnahme entgegenzutreten, immer niederknien zu lassen.

## Belagerungszustand über Athen.

**A. Paris, 2. Juni.** (Eigene Drahtnachricht.) Athen Nachrichten zufolge hat Belgien die Kammer um die Ermächtigung ersucht, den Belagerungszustand als das einzige Hilfsmittel gegen ein Hungervergehen im Lande zu verwenden. Der Belagerungszustand wird morgen über Athen verhängt werden. Der Ministerpräsident hat erklärt, daß die Opposition die Rückkehr des Königs Konstantin verlange, und daß die Erfüllung dieser Forderung das Ende des starken Griechentums bedeuten würde.

## Der Standpunkt der russischen Bolschewisten zur Friedensfrage.

**A. Haag, 2. Juni.** (Eigene Drahtnachricht.) In einem Interview, das der holländische Vertreter des „Daily Herald“ mit Litwinow hatte, erklärte dieser die Aufgabe Krassin besitze darin, England darüber zu unterrichten, daß die Bolschewisten sowohl bereit seien, den Kampf fortzusetzen, wie Frieden zu schließen, da der Besitz der Delawellen in Baku sie weniger abhängig von fremden Zufahren machen würde.

## Wahnsinnige Rechnungen.

Wie die Entente mit deutschem Gelde mischt. Daß die in Deutschland weilenden Vertreter der Entente uns ungeheure Kosten auferlegen, daran mag wohl niemand bisher gewagt haben. Stauen und Empörung dürfte aber den Leser erfüllen, wenn er die genaue Ziffern erfährt. Wir geben sie nachstehend für die einzelnen Klassen der Ententevertreter und fügen jedesmal das Einkommen der entsprechenden deutschen Militär- und Zivilpersonen hinzu.  
Der Generalpräsident bezog bisher 228 000 M. jährlich, jetzt infolge Erhöhung der Jahresentschädigung 342 000 M. jährlich; ein deutscher General oder Staatssekretär nur 38 000 Mark;  
ein Präsident der Untermission bisher 168 000 M., jetzt 252 000 M., ein deutscher Generalleutnant oder Vizepräsident nur 30 000 M.;  
ein Ententegeneral 108 000 M. bisher, jetzt 252 000 M., ein deutscher Generalmajor 25 000 M., ein deutscher Ministerialdirektor 28 000 M.;  
ein fremder Ober- oder Oberleutnant bisher 90 000 M., jetzt 180 000 M., ein deutscher Ober- oder Wirklicher Legationsrat 20 000 M.;  
ein fremder Bataillonschef oder Major bisher 84 000 M., jetzt 182 000 M., ein deutscher Major 14 200 M., ein Oberregierungsrat 16 500 M.;  
ein fremder Subalternoffizier bisher 78 000 M., jetzt 152 000 M., ein deutscher Hauptmann oder Major 11 100 M.;  
ein fremder Unteroffizier bisher 28 000 M., jetzt 69 300 Mark, dagegen ein deutscher Unteroffizier oder Amtsgehilfe 5200 M.;  
ein fremder Soldat schließlich bisher 24 000 M., jetzt 42 000 Mark, ein deutscher Soldat oder Hauswart 4800 M.  
Ein französischer Soldat in Berlin bezahlt also — natürlich auf unsere Kosten — mehr Geld als ein deutscher General oder Staatssekretär! Aber damit nicht genug. Die Jahresbezüge der Kommissionsmitglieder sollen lediglich Verpflegungsgelder sein, und diese Herren empfangen außerdem noch Saläre und Gehälter. Das Quartier z. B. für General Klotz allein kostet uns jährlich etwa 144 000 M. So hoch beziffert sich die Zimmerrechnung des Generals im Hotel Kaiserhof. Wir müssen lediglich für Hotelunterkünfte der Berliner Kommissionsmitglieder jährlich etwa 144 Millionen Mark bezahlen.

## Im Trommelfeuer der Gegner der Demokratie rechts nach links

Recht die Deutsche Demokratische Partei. In einer Flut von Verleumdungen gegen die Demokratie überdient sich die Stinks- und Rechtsradikalen. Beide vereint der Gedanke, daß die Demokratie das Hindernis an der Beseitigung ihrer Klassen- und Standesherrschaft ist.

Die Demokratie hat den brutalen Machtdenken der Räte-Diktatur, dem demokratischen und Deutsche Volkspartei durch Unterfütterung des Rapp-Brottes zu neuem Vortrage verfallen, bisher im Zaume gehalten.

Die Demokratie stellt dem tödlichen Formalismus einer unheilbaren Gemeinwirtschaft den Sozialismus entgegen, den Willen zur freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte und zur Förderung von Fleiß und Tüchtigkeit durch den Ertrag der Arbeit entgegen.

Die Demokratie will anstelle einer durch Junkertum und Schwerindustrie von neuem auftretenden unerträglichen Verelendung der Klassen gegenüber alle Teile des Volkes zur Mitarbeit in einem Staat der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und Ordnung heranziehen.

Die Demokratie verprügelt den Beamten, Angestellten, Arbeitern, Handwerfern und Geschäftswelt nicht, wie Deutschnationale und Deutsche Volkspartei es tun, vor den Wahlen das Blaue vom Himmel, im Rahmen der fallenden Gegenwart hat sie das Nützliche gelehrt und anstelle leerer Versprechungen und fruchtloser Arbeit legt sie auch in Zukunft praktische Bemerkungswerte Arbeit in den Parlamenten.

Die Demokratie verfährt die Anwendung der verfallenden Waffen, mit denen ihre Gegner den Wahlkampf führen. Ihr stehen Deutschnationalen und nationaler Gedanke zu hoch, um beides in gleicher Weise vor den eigenen Volksgenossen zu schützen.

## Wählt die Liste Delius!

## Gewerblicher Mittelstand und Reichstagswahlen.

(Auszug aus einer Rede des Abg. C. Delius-Halle.)  
Wie bei allen früheren Wahlen, so sind auch jetzt wieder die Reichsparteien dabei, sich als die potentierten Freunde des Mittelstandes in Erinnerung zu bringen und die anderen Parteien, insbesondere die Demokraten als Feinde des Mittelstandes hinzustellen.  
Da es ihnen an Taten für den Mittelstand fehlt, müssen große Versprechungen herhalten, von denen man weiß, daß sie sich im Rahmen des Möglichen doch nicht erheben lassen. Unter dem alten Regime, wo die Reichsparteien die Herrschaft hatten, sind die Wünsche des Mittelstandes erfüllt worden. Dort konnten die Herrschaften ihre Mittelstandsfröndlichkeit beweisen. Statt dessen bieten sie die Schichten in politischer Unfreiheit und Einsamkeit. Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts ist ein Zeichen der traurigsten Kapitel rechtsparteilicher Mittelstandsverletzungen. Die jetzigen Wortführer der Deutschnationalen und der Kandidat der Deutschen Volkspartei, Dr. Greiner, der wütende Gegner des gleichen und gemeinen Wahlrechts, haben hier eine Sündenbahn auf sich geladen, die sie durch alle hochflühenden Worte nicht wieder abwischen können. In wirtschaftlicher Beziehung waren gerade die Anhänger der Reichsparteien berechtigt, den Mittelstand zum Legen. Der Großgrundbesitz schaltete den selbständigen Handwerker völlig aus. Alle Arbeiten ließ er in eigener Regie anfertigen. Die ungeheure Vermehrung der großen Besitzungen führte in vielen Orten zur Untergrabung der wirtschaftlichen Existenz des Gewerbes. Wo der Großgrundbesitz dominiert, ist der Mittelstand ruiniert. Die Angehörigen der Reichsparteien haben aber alles getan, um den Großgrundbesitz in seiner überausen Stellung zu erhalten. Auch während des Krieges waren sie die ausgesprochenen Gegner jeder großzügigen Siedlungspolitik. Durch eine geradezu herausfordernde Gefühlsregie zur Befestigung der Reichsmittelstände sind noch jetzt vor dem Zusammenbruch die Normandierung begründet. In den Warenhäusern der Landwirtschaftsminister schufen die Mittelstandsfeinde die gefährlichste Konkurrenz für Handel und Gewerbe. Während des Krieges erreichten die Konsumtionen die Höhepunkte der



geben kann für ein solches Deutschland, ein besseres Vaterland für unsere Kinder!"

### Dr. Heim für die mittlere Linie.

Die drohenden Gefahren: Revolution und Reaktion.

Aus einer Rede Dr. Heims sind in München folgende Sätze hervorgehoben: Zwei Gefahren drohen über Deutschland, eine, die letzten Reste unserer wirtschaftlichen Kraft zerstörende Revolution und eine andere, nicht minder zu fürchtende, eine hindernisse reaktionäre.

Die Reaktion könnte eine zweifelhafte sein, eine politische, jedoch bedeutend mit einer Rückkehr zum verfallenen Kleinrentnerthum, wie es in Berlin bis zum Beginn des Krieges in Schwung war, in jener Zeit, wo der Wille oder Unwille eines Einzigen das Schicksal von 66 Millionen bestimmte. Eine Rückkehr zu einem solchen Zustand wäre ein Unglück für das deutsche Volk und würde bei der Baverischen Volkspartei auf den schärfsten Widerstand stoßen.

Die Reaktion droht aber nicht nur von der Seite, von welcher eine politische Reaktion zu befürchten ist, sie droht vielmehr von einer anderen Seite, die sich politisch außerordentlich demokratisch und freiheitlich gebärdet, ja sogar mit der Revolution solidarisiert: Es ist die Revolution des neuen Kapitalismus. Er konnte sich noch nie so ungemindert ausbreiten wie gegenwärtig und hatte nie so gute Zeiten wie heute. Schieberthum und Kriegsgesellschaft sind kein Name.

Unter der Hand muß es sein, zwischen beiden Bewegungen die Mitte zu halten. Jeder Sieg einer extremen Richtung wird keinen Zustand von Dauer schaffen und ruft sofort eine Gegenbewegung hervor. Deutschland würde nicht zur Ruhe kommen. Wir vertreten das Eigentum, aber wir anerkennen, daß Eigentum und Besitz verpflichtet. Wir bestreiten jede Wirtschaftsordnung, die jede Bekämpfung des Besitzes abschließen will. Wir wissen, daß der größte Teil des bayerischen Volkes in seiner Auffassung mit uns einig ist, vor allem auch die Arbeiter.

Unter nächstem Ziel auf politischem Gebiete muß die Einführung des Zweikammersystems sein. Wir brauchen neben der vom Volke gewählten Volkshammer noch eine zweite Kammer mit den gleichen Rechten, hervorgehend aus den Vertretungsorganen der Berufsstände, Arbeitern, Beamten, Bauern, Handwerklern, Handelskammern, deren Vertreterzahl genau nach dem prozentualen Anteil des betr. Berufes in der Gesamtzahl der Volksgenossen zu befristigen ist.

### Deutsches Reich.

Die Sozialisierung in Sachsen.

Der Leiter der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft, Dr. Schippel, weist in einer gestern erschienenen Schrift nach, warum die Sozialisierung, namentlich unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, unmöglich ist. Er zeigt, wie wenig durchsichtig und wie mangelhaft es ist, die sächsischen Sozialisierungspläne waren, und welche Gefahren sie für unsere fortschrittliche Wirtschaft bedeuten, die vor gewogenen Verhinderungen unbedingt zu sichern ist. Denn jeder falsche Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung kann uns in den Abgrund reißen. So mühte auch in Sachsen die eine Zeitlang außerordentlich hochgehende Sozialisierungsbewegung, deren Tätigkeit und Befugnisse in der sächsischen Schrift gekennzeichnet sind, halb abzuflauen, und nun dem geplanten Zentralwirtschaftsrat ist nur die Landesstelle für Gemeinwirtschaft übrig geblieben. Daß die verfehlten Sozialisierungsbestrebungen in Preußen wie im Reich gescheitert wurden, ist ein Verdienst der Deutsch-demokratischen Partei, die in der Regierung übertriebene Pläne zu verhindern verstand.

Die Deutsch-Oesterreicher nicht wahlberechtigt. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung war auch den in Deutschland wohnenden Deutsch-Oesterreichern das Wahlrecht zugesichert worden. Infolge der Haltung der Oesterreichischen Regierung konnte dagegen im Reichsmaßstab die Wahlberechtigung nicht aufrecht erhalten werden. Die Deutsch-Oesterreicher sind also am 6. Juni leider nicht wahlberechtigt.

Geschäfte mit Schiebern sind nichtig. Das sächsische Landespräsidium nimmt Veranlassung, die Geschäfte, welche auf folgenden Abgeschlossenheit: Geschäfte, die mit Personen abgeschlossen sind, als Eigenhändler, Kommissionäre, Vermittler, Makler, Agenten, Provisionäre, welche die erforderliche Großhandelsbewilligung für den Handel mit Lebensmitteln und Futtermitteln, mit Tabakwaren, Arzneimitteln und Weinen nicht besitzen, sind vollständig nichtig, ebenso nichtig sind Geschäfte mit Personen, denen der Handel (Groß- und Kleinhandel) mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unterlag worden ist. Nichtige Geschäfte sind als von Anfang an ungültig anzusehen.

Münchener Reichstagskandidaten der Unabhängigen. Die U. S. P. in Bayern hat an den bayerischen Volksminister des Innern gerichtet, die Zeitungsangehörigen Reichstagskandidaten der Unabhängigen und die Reichstagskandidaten für den Wahlkampf freizugeben. Der Volksminister hat aus Gründen der Staatsicherheit abgelehnt geantwortet.

### Provinzial-Nachrichten.

Schlehan (Saale). 31. Mai. (Zöblicher Hunsfall.) Auf dem heiligen Hallischen Altar wurde der 19jährige Schloffer Otto Kreumann aus Lieben bei der Reparatur eines Gefasses, dem infolge eines Versehens durch Überdrehen des Sauglades entfiel, so schwer verwundet, daß er dem Bergmannstrost in Halle zum Führer werden mußte, der bedauerlicherweise junge Mann noch einigen Tagen verleben wird.

In der Plauer Gegend wurden jetzt nach dem Regen die ersten ephären Blitze u. a. Champignons und Mutterpilze gefunden. Bestenfalls darf nicht mit giftigen toterigen Blättern verwechselt werden.

Wörsch. 1. Juni. (Vertriebsbeschränkungen.) Wie das hiesige Tageblatt zu melden weiß, will eine ganze Anzahl hiesiger Textilbetriebe wöchentlich nur noch drei bis vier Tage arbeiten lassen. Auch im Metallgewerbe tritt dies vor kommt ein erhöhter Lohnsatz dazu, um die Konjunktur

(Fähigkeit zu erhöhen. Infolgedessen hat sich eine Firma bereits zur Anbahnung des genannten Personals entschließen müssen, eine andere hat sämtlich teilweise Entlassungen vorgenommen und muß weitere Anbahnungen in Aussicht stellen. Saalfeld, 1. Juni. (Kurzfristige Verkehrspolitik.) Anträge der übermäßig erhöhten Fernsprechtsgebühren haben sämtliche Saalfelder Bezirke für 1. Juli ihre Anträge gestellt. In den Verträgen, die man beschließt, daß die Zurechnen ausfallen, wenig Nachsicht zu verwenden. Bei dem hohen Werte ist das zu berücksichtigen. Volksminister Giesbert hat sich eben bei seiner neuesten „Reform“ verhalten.

Eisenberg, 1. Juni. (Zum Ankauf von Bauforderungen.) Für vier neue Wohnungsbau für 100 Wohnungen an der Burgstraße im ehemaligen herzoglichen Schlossgarten beabsichtigt die städtischen Behörden einen vorläufigen Kredit von 500 000 Mark zum Ankauf von Bauforderungen. Das Baukapital beträgt mitbehelfens zwei Millionen Mark. Beschlossen wurde, die Bauten nicht in eigener Regie auszuführen, sondern an die Baugesellschaften zu vergeben.

## 4 große öffentliche Wähler- versammlungen.

Abgeordneter C. Delius

spricht am Freitag, den 4. 6. abends 8 Uhr, im Thalia-Saal.

Stadtarzt Professor Dr. von Drigalski

spricht am Sonnabend, den 5. 6. abends 8 Uhr, im Thalia-Saal über

### „Das Gebot der Stunde“.

Die monarchistische Frage — Militarismus. — Die Judenfrage. — Allgemeine Dienstpflicht.

Generalsekretär Dornblüth

spricht am Sonnabend, den 5. 6. abends 8 Uhr, im Hofjäger, über das Thema

### „Volk in Not“.

Otto Reinath, Berlin,

Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Zentralverbandes des deutschen Großhandels

spricht am Sonnabend, den 5. 6. abends 8 Uhr, im Walhalla-Theater.

Angehörige aller Parteien sind eingeladen.

Eintritt 50 Pfg.

## Deutsche demokratische Partei.

### Sport der „Saale-Zeitung“.

Voransagen für Donnerstag.

Sozial-Schießen: 1. R.: Mercantill-Lebensversicherung. 2. R.: Olympia-Dammern. 3. R.: Elector-Commando. 4. R.: Schöler II-Bündnisse. 5. R.: Thimale-Quadranten. 6. R.: Baranum-Balestria. 7. R.: Mentio-Veter. Kartenspiel: 1. R.: Perdur-Kitto. 2. R.: Durchbruch-Sieg. 3. R.: Eichen-Wald. 4. R.: Gebardi-Suiten. 5. R.: Freilauf-Bündnisse. 6. R.: Deinbart-Der Soenannte. 7. R.: Oceana-Prelio.

1. 1. 2. Halle 98 Hell. Sonntag, den 6. Juni, folgende Mannschaften: Naarel.-23. 1. 2. Hel.-Verlebung 5.30 Uhr in Verlebung. Treffpunkt 2.30 Uhr Riedelplatz. 98 II.-Sportbrief II 5.30 Uhr Sportplatz am 300 98 II.-Breten III 2.30 Uhr Sportplatz am 300, 98 IV.-Bittoria III 4 Uhr Sandanger.

### Vermischtes.

Die Diebe vom Julisturm!

Vor etwa einem Jahre wurde die Spandauer Zitadelle, der sogenannte „Julisturm“, revidiert, und dabei stellte sich heraus, daß 60 Millionen rumänische Lei geloren waren; die Scheine waren für die Wadensensarmer bestimmt und sollten nach der Revolution der rumänischen in Kisten zu je fünf Millionen Mark. Jetzt ist es der Berliner Kriminalpolizei gelungen, die Diebe zu ermitteln; es sind die „Wachungsposten“, die damals, garnisondienstfähig, den Dienst in der Spandauer Zitadelle versehen; ein 40jähriger Former Paul Kühn, ein Leo Wenta, ein Dreher Paul Eisner und ein Heinrich Besages. Die vier Diebe sind inzwischen „hochbedeutende Leute“ geworden, und das war ihr Schicksal. Kühn kaufte sich in Raffensiede ein Handhaus mit Garten, kaufte noch ein Nebengebäude dazu, gab seinen

Wort auf und lebte in aller Stille und Zurückgezogenheit auf seinem „Bau“, zog Kleinlieb und Gärner. Als man ihn jetzt befragte, fand man im Wäfschtopf noch 19 000 Mark in Scheinen, halberwert, die ebenfalls in einem feuchten Behälter gelegen hatten; er behauptete, seinen Reichtum durch Schleichhandel „rechtlich“ verdient zu haben. Aber gerade Kühn war der Unflüchtige. Wenta eröffnete nach seiner Entlassung ein paar Biergarengeschäfte in der Spandauer Straße und in Herbold, um das Geld unanfällig anzulegen; seinem Schmeicheleier gab er 11 000 Mark zum Bau eines Handhauses. Im Oktober vorigen Jahres verkaufte er seine Geschäfte für 27 000 Mark, lebte von seinem Beuteanteil und trug sich mit der Absicht, nach Holland auszuwandern; er hatte seine Wohnung bereits verkauft und war mit seiner Familie in ein Hotel gezogen, als die Kriminalpolizei die Auswanderungspläne durchkreuzte. — Der Dritte der Bande, Eisner, zog nach Werder a. S., erwarb eine Obplantage und lebte scheinbar von Gartenarbeit. — Am einfachsten löste Besages das Problem des Geldausgebens; er nahm sich eine Geliebte, spielte, weckte, reiste, bis das Geld alle war; dann lebte er angeschlossen zu seiner Frau zurück, die ihn auch wieder aufnahm. Aber die Arbeit hatte er gründlich verlernt; so unternahm er einen Einbruch; aber bevor er die Früchte seiner jüngsten Tat genießen konnte, kam die Kriminalpolizei. Die vier hatten die Kisten einzeln und unanfällig beiseite gebracht und das rumänische Geld zum größten Teil aber an russische und rumänische Schieber verkauft, mit denen sie besonders in den Kaffeehäusern der Berliner Friedrichstraße zusammenkamen und die sie häufig „hochnahmen“. Für den Kaufmännischen gab es durchweg nicht mehr als 250 Mark! — Dazu mußten die armen Wirtinnenbeide noch Schwelgegeberei leisten; so einem Bier des Expedienten Umsatzes 7000 Mark; der hatte gebracht, die Besages an die große Wäsche zu hängen, wenn man ihn nicht abfand. Und der gewissenhafte Schweiger hatte darüber eine „Duntung“ ausgeübt, die man jetzt bei Wenta fand. Der ganze schöne Reichtum samt Witsa und Obplantage und hoherer Einrichtung wurde nun beschlagnahmt, und die vier „Mentiers“ wurden hinter Schloß und Riegel gefesselt.

Durch den eigenen Vater entlarvt. Mit Schußwaffen und schwarzen Wäskern arbeiteten drei sieben erkappte jugendliche Einbrecher in Berlin. Auf die Spur kam man durch einen Einbruch, den sie bei den eigenen Eltern des einen von ihnen ausführten. Dieser Einbruch blieb zunächst unangekündigt, bis der Bestohlene erfuhr, daß um die kritische Zeit sein mihärteter 20 Jahre alter Sohn Richard in der Nähe gewesen war. Der Vater machte die Kriminalpolizei darauf aufmerksam. Man ermittelte, daß sich der junge Schumann mit Gleichgesinnten am Sietziner Bahnhof herumtreiben pflegte. Dort wurde er denn auch bei einer Streife mit seinen beiden Spielgefährten festgenommen. Schumann sowohl wie die beiden Vorkameranten besaßen schwarze Masken, durch die sie sich bei ihren Einbrüchen unkenntlich machten, und Schußwaffen, von denen sie bei einer einzigen Überwachungsbeobachtung managen. Die drei jugendlichen Viererbanden. England, d. h. das Mutterland, nicht aber die Kolonien, zeigte sich auch darin sonderbar, daß es wohl der einsige größte Staat war, der seit Beginn des Weltkrieges keinerlei neue Kolonialverträge verabschiedete. Die am 1. Juni auch in England in Kraft tretende allerdings recht geistreiche Fortsetzung des Handelsvertrages zwischen dem einen neuen bisher nicht vorhandenen Viererbandenwertes von zwei Pence erforderte. Die Marken befinden sich bereits im Druck und dürften Ende nächsten Monats in Verkehr kommen.

### Weissen-Weissenfeller Brauntöhlen-Aktien-Gesellschaft Halle.

+ In der Ausschlußsitzung wurde beschlossen nach Aufnahme von Abschreibungen in der Höhe von 1 769 465,27 Mk. gegen 1 919 974,81 Mk. im Vorjahre der für den Juli einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 11 Proz. auf das Aktienkapital vorzuschlagen.

Beide mittags um 1/2 Uhr fand in Stadt Hamburg ein außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft statt, in der ein Kapital von 12 1/2 Millionen Mark vertreten war. Gegenstand der Tagesordnung war ein Antrag, das Aktienkapital um 7 1/2 Millionen Mark zu erhöhen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Herr Oberbürgermeister a. D. Gebeinrat Beutler-Dresden legte dar, daß die kleinen Aktionäre den Wunsch geäußert hätten, die Befehlshabenden über die Kapitalerhöhung auszuweisen und die Entscheidung erst in der ordentlichen Generalversammlung zu treffen. Da die ordentliche Generalversammlung schon Ende Juni bis Anfang Juli stattfinden werde, könne man wohl dem Wunsche nachkommen. An sich liege natürlich die Generalversammlung, da ein so hartes Aktienkapital vertreten lie, beschließfähig.

Die Versammlung schloß sich einstimmig dem Verlangen an. Damit war die außerordentliche Generalversammlung erledigt.

### Hallischer Witterungsbericht.

	1. Juni	2. Juni
	9 Uhr abends	7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	759,8	760,4
Thermometer Celsius	17,8	13,8
Rel. Feuchtigkeit %	63	61
Wind	SW, 1	SW, 2
Maximum der Temperatur am 1. Juni 21,6 C.		
Minimum in der Nacht vom 1. Juni zum 2. Juni 10,1 C.		
Stiefwindstärke am 2. Juni 7 Uhr morgens: 0,6 mm		

### Offizieller Wetterbericht der „Saale-Zeitung“.

3. Juni. Nordwestwind. Hochlage Bestfaltung, nirgend nennenswerte Niederschläge, nur mäßige Warm.

### Nervenkrankte, Blutarme

(siehe auch Seite 1) Ich bin einmündig die herzerregende Wirkung der Rostocker Kololeten. Ein Versuch wird eben von der Gesellschaft übergeben. Vergl. obigen bezugsnehm. In allen Apotheken sowie in Druggen erhältlich.

## Mitteldeutsche Privat-Bank, A-G.

Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bank. Depositenkassa Rolliustraße 133, Fernspr. 6189. Depositenkassa Wülmstraßen 1, Fernspr. 6576. missigen Geschäfte.

**Thalia-Säle**  
Morgen Donnerstag Abend 6 Uhr  
im oberen Saale  
**vornehmer Ball**

**Saalschlossbrauerei**

Donnerstag, den 3. Juni abends 7 1/2 Uhr  
**Grosses Konzert**

ausgeführt vom  
gesamten Musikkorps der Sicherheitspolizei.  
Leitung: Staatl. Musikdirektor L. Rott,  
abends 10 Uhr  
**Ouverture 1812 (Brand von Moskau)**  
unter Mitwirkung  
des Kunstfeuerwerkers H. Pfeiffer, Gröwitz.  
Eintritt M. 1.50 einschl. Steuer. Kinder 80 Pf  
F. Winkler.

**B. B. Beth's Bunte Bühne**  
Achtung! Achtung!  
Heute ein gänzlich neuer Spielplan  
Achtung! Achtung!  
Eintritt 2 Mk. einschl. Steuer.

Donnerstag, d. 3. Juni, abends 8 Uhr,  
in der „Loge zu den fünf Türmen“ (Albrechtstr.)  
**IV. Kammermusik**  
(2. Romantiker-Abend)  
des Hallischen Streichquartetts vom  
Städtischen Stadttheaterorchester.  
Herren Konzermeister: Versteeg (I. Violine),  
Rohrhardt (II. Violine), Mühran (Viola), Weise  
(Violoncell), Streichquartette von Mendelssohn,  
op. 59 F-moll; Schubert, op. 125, Nr. 1, Es-dur;  
Schubert, op. posth. Satz C-moll.  
Karten von Mk. 2 bis Mk. 5 außer Steuer  
(Schüler und Studenten Ermäßigung) in der  
Holmusikalienhandlung Reinhold Koch.

**Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten**  
Poststr. 9. 10.  
Juwelen — Gold — Silber.

# Eine Partei der Lüge und Verleumdung nennt die Deutsche Volkspartei die Deutschnationalen.

Diese Tatsache stellen nicht etwa die Demokraten fest, sondern der Schriftleiter der **Halle'schen Zeitung**, der bekannte Herr **Böttcher**, der Verfasser des Pamphlets gegen Dr. **Schreiber**, ist es, der darüber in laute Vorwürfe gegen die **Deutsche Volkspartei** ausbricht und nur aus Rücksicht auf die Wahl seinen Freunden rät, nicht in gleicher Weise zu antworten.

Er befürchtet, daß dadurch die noch schwankenden Wähler den Rechtsparteien verloren gehen. Er nennt den Vorwurf der Lüge und Verleumdung „**kleine Meinungsverschiedenheiten**“ und bittet, diese unter den Parteieinigungen auszutragen.

Nein! Nicht nur die noch schwankenden Wähler, sondern auch die Mitglieder müssen sich von diesen Parteien, die sich als politische Freunde doch genau kennen, abwenden.

**Heraus aus diesem Sumpf von Lüge und Verleumdung! Es ist eine Schmach für unser Vaterland.**

Lernt Ihr jetzt einsehen, Ihr Wähler, wie diese Parteien, die sich selbst der Lüge und Verleumdung bezichtigen, mit ihrem Gift die **Deutsche demokratische Partei** verleumdet haben?

Nach rechtzeitig vor der Wahl tritt das Gespinnst von Lüge und Trug zutage! Galtet der verleumdeten Demokratie die Treue!

# Wählt die Liste Delius!

**Apollo-Theater 8 Uhr.**  
Gute u. feine  
Tone:  
**Der fidele Ganner.**  
Eine Spitzbubengeschichte  
in 3 Akte v. H. Neumann,  
mit **Paul Beckers**  
in der Titelrolle.

**Stadt-Theater**  
Donnerstag, d. 3. Juni,  
Abf. 7 1/2, Ende 10 Uhr:  
„**Femina**“.  
Freitag:  
**Der Bittelstudent.**

Angebot:  
**Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Damenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen.**  
größte Auswahl  
in einfacher bis ganz  
reicher Ausföhrung.  
Möbelfabrik  
**Alb. Martini Nachf.**  
Inh. Rich. Ziomer  
Halle a. S., Altm. Markt 2.

**Haben Sie Stoff?**  
Anzüge und Kostüme  
Anfertigungspreis 300 Mark  
**Joh. Hillebrandt,**  
Willystr. 6, II.

Moderne  
**Korbessel**  
aus gutem Geflecht  
Schr. preiswert.  
**C. F. Ritter,**  
Leipzigstrasse 90  
Ganze Namen od. Vornamen  
läßt zum Zeichen von Würde  
u. wehen rote Schrift an  
weißem Bande) H. Schnee  
Nachf., Gr. Steinstr. 84.

# Was sich der denkende Wähler sagen muß!

Die Nationalversammlung bestand aus:  
163 Mehrheitsparteilisten,  
75 Demokraten,  
89 Zentrumangehörigen,  
zusammen 327 Sitze.

Diese 327 Abgeordneten bilden die Regierungsmehrheit oder, wie man sagt, die Koalition.  
Die Opposition setzte sich zusammen aus:  
23 Unabhängige Sozialdemokraten,  
23 Deutsche Sozialpartei,  
42 Deutschnationalen,  
zusammen 87 Sitze.

Es ist nicht anzunehmen, daß die 87 Oppositionsmänner gegenüber den 327 Mitgliedern der Regierungsmehrheit die Mehrheit im neuen Reichstag erlangen könnten. Selbst wenn sie eine Mehrheit bekämen, könnten sie keine Regierung bilden; denn eine Regierung

**Oskar Cohn — Stresemann — Helfferich**  
ist ein Ding der Unmöglichkeit.

**Was folgt daraus?**

Wer deutschnational oder für die Deutsche Volkspartei wählt, der schwächt die bürgerliche Position in der Regierungsmehrheit.

**Nur eine verstärkte Demokratie im kommenden Reichstag kann Besserung bringen!**

Wird die Regierungskoalition geschwächt, so wird die Unsiherheit gefördert.

Ein Wachstum der Rechten und der äußersten Linken verschärft den Klassenkampf und beschwört somit neue Revolutionsgefahren herauf.

Wer darum neuen Bürgerkrieg verhüten will,  
**muß demokratisch wählen!**

**Wählt die Liste Delius!**

**Zoo.**  
Donnerstag, den 3. Juni, von 5 Uhr an bis 11 Uhr  
**Kränzchen**  
für Besitzer des „Zoologischen Gartens“,  
Paul Zacheyge.

Hallscher Hausfrauenbund e. V.  
Sprechstunde, Bekleidungsabende,  
Fruchtbännen zu Weihnachten  
für Waisenkinder Beförderung  
und Schulunterstützung.  
Montag und Donnerstag 10—12 Uhr.  
Anmeldungen zur jährlichen Statistik  
Dienstag und Freitag 10—12 Uhr.  
Hauptversammlung, Montag, den  
7. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Neumarktsühnenhaus.

Transport-  
Aufuhr-  
Reisegepäck- } **Versicherung** zu günstigen Bedingungen,  
mässigen Preisen.  
zur sofortigen Deckung  
übernehmen  
**Conrad, und Conrad & Co.,**  
Transportversicherung  
Fernruf 6936 und 4594  
Halle a. S., Spedition für Aus-  
land u. Uebersee, am Güterbahnhof 1

**Reform  
Beinkleider**  
  
Schlupf-Hosen,  
Turnhosen  
1. Damen u. Mädchen,  
in großer Auswahl.  
**H. Schnee Nachf.**  
A. & F. Ebermann  
Salle a. S.,  
Gr. Steinstr. 84.

**Nippon Yusen Kaisha**  
(Japanische Postdampferlinie).  
Frachtdampfer-Dienst.  
Regelmässige monatliche Expedition  
von **Hamburg direkt**  
(ohne Umladung)  
nach **Port Said, Colombo, Singapore,  
Hongkong, Shanghai, Kobe und  
Yokohama**  
und in Durchfracht nach:  
**Bangkok, Batavia, Canton, Manila, Hankau,  
Tientsin, Peking, Dalny, Osaka, Tokio**  
sowie sämtlichen anderen ostasiatischen Plätzen.  
D. „**DAKAR MARU**“ Mitte Juni  
D. „**TOYOOKA MARU**“ im Juli  
D. „**TSUSHIMA MARU**“ im August  
und weiter 1 mal monatlich.  
Güterannahme: Australiak, Schuppen 53. Änderungen vorbehalten.  
Näheres wegen Frachtraten bei den Vertretern:  
**Phs. van Ommeren (Hamburg) G. m. b. H.**  
Alsterdamm 10.11.  
Telegr.-Adr. „Vanommeren“  
Fernspr. Alster 2408 u. 2316, Merkur 5011, Vulkan 5074.